LEHMBACH

SPD will Verfahren einstellen

Erstellt 16.09.11, 17:37h, aktualisiert 16.09.11, 18:03h

Vor der Entscheidung über neue Gewerbeflächen in Lehmbach haben SPD und Grüne ihre Position geklärt. Die SPD-Fraktion sprach sich mit großer Mehrheit – bei einer Gegenstimme – dafür aus, das Bebauungsplan-Verfahren einzustellen.



Die Fachbehörden erwarten, dass die umstrittene Fläche in Lehmbach bei einem 100-jährigen Hochwasser überflutet wird. (Bild: Neumann)

RÖSRATH - Vor der Entscheidung über neue Gewerbeflächen in Lehmbach haben SPD und Grüne ihre Position geklärt. Die SPD-Fraktion sprach sich mit großer Mehrheit – bei einer Gegenstimme – dafür aus, das Bebauungsplan-Verfahren einzustellen. Wie Fraktionschef Dirk Mau mitteilt, hat sie sich an den "einhelligen Aussagen der Wasserbehörden, dass das überplante Gelände zukünftig als Überschwemmungsgebiet auszuweisen ist", orientiert. Sie folgt der Empfehlung der Fachbehörden, das Verfahren nicht weiterzuführen. Die neuen Erkenntnisse zu den Überschwemmungsflächen zu ignorieren, wäre "grob fahrlässig", sagt Mau. Pikant ist, dass die Gegenstimme in der Fraktion vom Bauexperten und Ex-Fraktionschef Jürgen Bachmann stammt, der eines von drei SPD-Mitgliedern im Planungsausschuss ist. Ob er sich in der entscheidenden Ausschuss-Sitzung am 26. September vertreten lässt oder für die Fortführung des Bebauungsplan-Verfahrens stimmen will, ist laut Mau ungeklärt.

Auch die Grünen-Fraktion hat über den neuen Sachstand nach der Stellungnahme der Wasserbehörden beraten: "Unsere Position war immer, dass man die Offenlage des Bebauungsplans braucht, weil dann auch die Fachgutachten erstellt werden", sagt Ratsherr Hardy Schumacher. "Wir orientieren uns an den Gutachten und nehmen sie sehr ernst." Noch deutlicher will er sich zunächst nicht äußern, weil ein Gespräch mit den Kooperationspartnern CDU und FDP noch aussteht. Abzuwägen seien Belange von Bürgern und Umwelt sowie die "wirtschaftlichen Interessen der Stadt". (tr)

